

Arroganz der Macht

Rentenstrafrecht und die Fehler der Rentenüberleitung sollen bleiben

Regierungskoalition und parlamentarische Mehrheiten von CDU/CSU und SPD haben am 2. Juli im Bundestag ohne Debatte zur Sache durchgepeitscht, dass alle die Rentenüberleitung betreffenden Petitionen abgewiesen wurden, die bisher dort noch anhängig waren. Insgesamt waren das 493 Petitionen unterschiedlichster Berufsgruppen aus der DDR, darunter auch unsere Sammelpetition mit fast 75.000 Unterschriften gegen das Rentenstrafrecht für ehemalige Mitarbeiter des MfS und leitende Funktionäre der DDR. Weitere Petitionen betreffen Mitarbeiter des Gesundheitswesens, Hochschulprofessoren, geschiedene Ehefrauen und Angehörige der Altersversorgung der Intelligenz. Es muss damit zur Kenntnis genommen werden, dass in dieser Legislaturperiode keine Hoffnung mehr besteht, dass Rentengerechtigkeit durch parlamentarisches oder Regierungs-handeln in Angriff genommen werden soll. Das kommt einer Arbeitsverweigerung durch Regierung und Parlament gleich. Damit wurde die Chance vertan, ein Zeichen zu setzen und einen Schritt zu tun zu sozialer Gerechtigkeit in der Bundesrepublik Deutschland.

Bereits in der öffentlichen Anhörung im November 2010 hatten die Regierungsvertreter gebetsmühlenartig die Politformel vorge-tragen, dass das Rentenstrafrecht bestehen bleiben soll.

Offensichtlich ist nunmehr beabsichtigt, noch vor der Sommerpause Tabula rasa zu machen mit Protesten im Osten gegen Rentenungerechtigkeiten, die sich in Petitionen bei der höchsten Volksvertretung manifestieren, um nach der Sommerpause „unbelastet“ in die Vorbereitung der kommenden

Wahlkämpfe gehen zu können, was sich rasch als „pfeifen im dunklen Wald“ erweisen wird. Sicher ist, dass die Proteste der Betroffenen nicht abreißen werden und so mit in die Wahlkämpfe zu den nächsten Landtagswahlen und die Wahlen zum nächsten Bundestag getragen werden.

Die Fraktion der Partei DIE LINKE hat zu diesem brüskierenden Beschluss eine Erklärung gemäß § 31 der Geschäftsordnung des Bundestages zu Protokoll gegeben, die dort nachgelesen werden kann (18. Wahlperiode, 115. Sitzung, Donnerstag 2. Juli 2015, Seite 11215). Sie ist auch auf unserer Internetseite abrufbar (s. „Renten & Wertneutralität“).

Die Vorsitzende des Petitionsausschusses Kersten Steinke (DIE LINKE) hat ihrerseits eine gesonderte Presseerklärung abgegeben, die wir nachfolgend unseren Mitgliedern zur Kenntnis geben.

Wir weisen darauf hin, dass dieser Affront der Großen Koalition keinen unmittelbaren Einfluss hat auf unsere anhängigen Verfahren beim Bundesverfassungsgericht. Wir nehmen dessen verfassungsmäßige Stellung ernst, wonach das Bundesverfassungsgericht Kontrolleur des Gesetzgebers ist und diesen gegebenenfalls in seine Schranken zu verweisen hat, was es besonders in jüngerer Zeit wiederholt und eindrucksvoll getan hat. Wir nehmen zur Kenntnis, dass offenbar mit diesem Beschluss des Bundestages der nächste Wahlkampf eingeläutet worden ist und sind sicher, dass unsere Freunde erkennen, wer – auch parteiübergreifend – sein Interessenvertreter ist und wer sich seiner Verantwortung zu entziehen sucht.

*

Kersten Steinke

DDR-Rentnerinnen und Rentner systematisch hingehalten und abgeblockt

Nach diesem Paukenschlag der Koalition besteht für die laufende Legislaturperiode keine Hoffnung mehr für die Beseitigung von Ungerechtigkeiten bei der Rentenüberleitung,

kommentiert Kersten Steinke, für die Fraktion DIE LINKE Mitglied im Petitionsausschuss, die Ablehnung einer ganzen Reihe von Petitionen zu Fragen der Rentenüberleitung durch die

Für den Frieden der Welt

Erika Reinhold, die Witwe des ehemaligen Chefs der Luftstreitkräfte/Luftverteidigung der NVA, Generaloberst Wolfgang Reinhold, schrieb einen persönlichen Brief, als Reaktion auf den Aufruf „Soldaten für den Frieden“, den wir auszugsweise wiedergeben dürfen. Es sind Gedanken, die auch zum bevorstehenden Weltfriedenstag am 1. September ihren Platz haben.

„Nach dem verheerenden 2. Weltkrieg wussten wir uns mit der Mehrheit unseres Volkes einig, so ein Morden darf es nie wieder geben.

Die Sorge um den Erhalt von Frieden wurde für Wolfgang und mich in der DDR zur Lebensaufgabe, für meinen Mann bis zum General in der NVA, für mich als Lehrerin und Mutter von drei Kindern.

Heute, 70 Jahre, nachdem uns maßgeblich die SU von Hitlerfaschismus, Geld- und Machtgier befreit hat, brennt es wieder ringsum in der Welt. Und die BRD schürt das Feuer durch Lieferung von Waffen und Kriegsgerät in die Krisengebiete. Sie scheut sich nicht einmal davor, unsere jungen Soldaten für fremde Interessen verbluten zu lassen.

Aus tiefstem Herzen schließe ich mich dem Aufruf, Generale für den Frieden an. Ich glaube mich auch im Jahre 2015 mit sehr vielen Menschen mahnend einig in der Forderung: Besinnt Euch, bevor es zu spät ist! Es geht um das Leben auf unserem Planeten. (...)

Hoffen wir, dass das derzeitige Aufbegehen der Bevölkerung Früchte trägt und mit Vernunft zu Entscheidungen führt, die dem Frieden dienen, im Kleinen wie im Großen.“

Koalitionsmehrheit im Ausschuss. Wir werden bei diesem Thema nicht locker lassen. Die himmelschreende Ungerechtigkeit wird auch weiterhin dazu führen, dass es zahlreiche Beschwerden und Eingaben gegen diese Diskriminierung geben wird.

In allen Legislaturperioden der Fraktionen der PDS bzw. der LINKEN im Bundestag haben wir uns mit umfangreichen zielgenauen Anträgen um die Verbesserung der Rentenüberleitung von 1991 bemüht. Mit ihr wurde die Überleitung aller Altersansprüche der DDR ins bundesdeutsche Rentensystem vorgenommen. Im Einsatz für die Beseitigung von Ungerechtigkeiten sind wir von den wechselnden parlamentarischen Mehrheiten im Bundestag stets abgeblockt und hingehalten worden. Dennoch

hatten die betroffenen Rentnerinnen und Rentner immer noch so viel Hoffnung, dass sie sich durch Petitionen in allen Legislaturperioden seit der Einheit vertrauensvoll an das Parlament gewandt haben.

Mit einem Federstrich wurden auch diese Hoffnungen heute von den Regierenden zerstört, viele einschlägige Petitionen von der Koalition kraft ihrer Mehrheit abgewiesen. Besonders unerträglich ist dabei, dass diejenigen, die sich jahrzehntelang verweigert und alle unsere konstruktiven Rentenverbesserungsvorschläge abgewiesen haben, sich auf die lange Zeit seit Wirksamwerden der Rentenüberleitung berufen mit dem Hinweis, dass nun nach 25 Jahren nichts mehr getan werden könne.

Diese Politik des Hinhaltens und Blockierens gerade in existenziellen sozialen Fragen beschädigt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Gestaltungskraft und den Gestaltungswillen der Politik. Es ist ein Tiefpunkt parlamentarischer Arbeitsverweigerung. In der Sache betroffen waren heute 83 Petitionen zum fehlenden rentenrechtlichen Versorgungsausgleich DDR-Geschiedener, elf Petitionen zur gekürzten Versorgung von DDR-Professorinnen und Professoren, 22 Petitionen mit 73.573 Unterstützerinnen und Unterstützern gegen rentenfremde Sanktionen pauschal staatsnah eingeordneter Menschen, die zum Teil auch nach der Einheit anerkannt und verlässlich, zum Beispiel beim Zoll und der Bundespolizei, gearbeitet haben, 328 Petitionen mit 3.318 Unterstützerinnen und Unterstützern zum Bruch der Rentenzusagen bei DDR-Beschäftigten des Gesundheits- und Sozialwesens sowie 49 Petitionen zur Nichteinbeziehung von Rentnerinnen und Rentnern in die Altersversorgung der sogenannten technischen Intelligenz.

Aus der Arbeit des Vorstands

Der Vorstand würdigte das verdienstvolle Wirken des Mitbegründers der ISOR und langjährigen Mitgliedes der Revisionskommission, Karl-Heinz Schwarzeit, der aus gesundheitlichen Gründen aus seiner Funktion ausscheidet, mit der Überreichung der Ehrenurkunde unseres Vereins.

*

Der Entwurf des Arbeitsplanes für das II. Halbjahr 2015 wurde im Vorstand diskutiert und beschlossen.

*

Dr. Kristian Beyer berichtete über die erfolgte Neugestaltung unserer Web-Seite, die mit der Umstellung auf eine moderne Software verbunden war. Der Vorstand würdigte seinen damit verbundenen hohen persönlichen Einsatz und billigte die vorgenommenen Verbesserungen.

*

In Beantwortung von Anfragen aus den TIG räumt der ISOR-Vorstand weiterhin die Möglichkeit ein, den Aufruf „Soldaten für den Frieden“ auch außerhalb der Mitzeichnung über das Internet zu unterstützen. Dazu genügt es, der Geschäftsstelle per E-Mail oder Post Li-

sten zu übersenden, die unter der Überschrift Mitzeichnungsliste und den einleitenden Satz „Hiermit unterstütze ich den Aufruf „Soldaten für den Frieden“ Name, Vorname und Unterschrift (wenn gewünscht auch den ehemaligen Dienstgrad) der Unterstützer enthält.



Reflexionen aus der TIG Güstrow

Was ist nach dem „Einheitsschritt“ des 3. Oktober 1990 in das Staats- und Gesellschaftsgefüge der BRD von der Einheitseuphorie mit dem schnellen Gang in die „soziale Marktwirtschaft“ heute übrig?

Politikverdrossenheit begleitet unseren Alltag unentwegt. Aber für uns kommt hier das Achtungszeichen: Im Kampf um die Rentengerechtigkeit dürfen wir nicht müde werden! Obwohl, ja vielleicht sogar weil soziale Unsicherheit und zunehmende Armut, stetige Mietpreiserhöhungen und Bürokratismus Missachtung der menschlichen Würde und eine krankende Demokratie tägliche Belastungen sind, die auf die Menschen einwirken und ihre Spuren hinterlassen. Dazu kommt die skrupellose Manipulation durch die Politik und ihre Hetze und Häme besonders gegen ehemalige Angehörige der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR mittels der von Konzernen gelenkten Medien. Würdelos und erniedrigend war die Begleitmusik dazu besonders bei bisherigen „Jubiläen“ und das wird sich auch so fortsetzen.

Der ins Legendäre gehobene SPD-Politiker und seinerzeitige Bundeskanzler Willy Brandt sagte: „Es wächst zusammen, was zusammen gehört.“ Ich meine, dass wir in der Gegenwartspolitik davon weit entfernt sind. In der 40jährigen Existenz der DDR waren Frieden und Sozialismus, Sicherheit und Ordnung Werte, die wir begründeten und verteidigten. Dafür werden wir heute gesellschaftspolitisch und staatsrechtlich entwürdigt und ausgegrenzt. Dagegen wehren wir uns seit Gründung unserer ISOR. Ohne sie hätten wir nicht das Rentenunrecht gegen NVA, VP und Zoll durchbrochen. Wir wollen die Teilerfolge in unserem hartnäckigen Bestreben nicht vergessen. Wir wollen nicht müde werden, wenn es darum geht, unsere grundgesetzlich garantierten Rechte vollständig zu erkämpfen.

Diesen Grundsatz prägt wir Güstrower auf der öffentlichen ISOR-Versammlung im Juni in Anwesenheit unseres Vorsitzenden Horst Parton. Mit großer Sachlichkeit, überzeugendem Faktenreichtum und rechtspolitischer Positionierung stellte er offen und klar den bisher erfolgreich geführten Kampf dar.

Emotional erläuterte er den Aufruf „Soldaten für den Frieden“ als eine Kernfrage der Zeit. Ohne Frieden gibt es keine Rentengerechtigkeit und Sicherheit. Dafür einzutreten, ist für jedes ISOR-Mitglied im Bündnis mit der Partei DIE LINKE und anderen linksorientierten Vereinen und Verbänden eine gesellschaftspolitische Aufgabe.

Seit der Gründung der TIG Güstrow vor 23 Jahren bin ich Mitglied und Funktionsträger in der ersten Reihe. Der Erfolg unseres gemeinsamen Kampfes füllt auch monatlich mein Portemonnaie. Das zu vergessen wäre töricht. Ich bleibe überzeugtes und solidarisch handelndes Mitglied der ISOR. Jede Mitgliedschaft ist ein Affront gegen uns gerichtetes Rentenunrecht und unser Zusammenhalt ist ein solidarischer Treuebeweis, der bisher allen genutzt hat. Deshalb: nicht müde werden. **Walter Krüger**

*

In traditioneller Weise führte die **TIG Strausberg** gemeinsam mit den im OKV vereinten Verbänden, der DKP und Vertretern der Partei DIE LINKE am 16. Juli eine Versammlung zum Thema „Die Medien im Herrschaftssystem der BRD – Möglichkeiten der Auseinandersetzung mit Fälschungen und Lügen“ durch.

Einleitend verwies unser Vorsitzender Hans-Günter Becker auf die Bedeutung und Resonanz des Aufrufs „Soldaten für den Frieden“. Er führte aus, dass sich der Vorstand darüber klar ist, dass es durch die wachsende Kriegsgefahr erforderlich ist, eine weite Verbreitung des Aufrufs zu erreichen und ihn zum Gegenstand öffentlicher Diskussion zu machen. Deshalb beginnt ab sofort in unserem Einzugsbereich eine Unterschriftensammlung der Befürworter dieses Aufrufs.

Überleitend von der steigenden Kriegsgefahr wurde auf die täglich ausstrahlende Flut von Nachrichten, Lügen, Halbwahrheiten und Vermutungen durch die Massenmedien hingewiesen, die sich als „vierte Gewalt im Staat“ aufspielen, die von sich behaupten, „unabhängig und frei“ aufzudecken, zu entlarven und selbst nur „der Wahrheit verpflichtet“ zu sein.

Die Einmütigkeit der fast gleichlautenden Auffassungen erklärte unser Fachmann, Dr. Arnold Schölzel, Chefredakteur der Tageszeit-

tung „Junge Welt“. Da die Medien Bestandteil des herrschenden imperialistischen Systems sind, wirken in ihnen die gleichen Gesetzmäßigkeiten, vollzogen bzw. vollziehen sich die gleichen Prozesse der Konzentration der Eigentumsverhältnisse, die immer schwerer durchschaubar sind.

Von etwa 350 größeren Zeitungen und 1500 Lokalzeitungen befinden sich zwei Drittel in den Händen von zwölf Familien. Print-, Digital- und Fernsehmedien sind eng verflochten, wobei das Fernsehen den größten Komplex darstellt. Entscheidend dafür ist die Verschmelzung von Industrie- und Finanzkapital. Dadurch wurde der Journalismus zu einem Nischenprodukt, das von den Hauptzielen, Profitsteigerung, Weltmarktbeherrschung, ablenken soll. So will sich der Springer-Konzern zu einem Weltkonzern entwickeln. In Deutschland existieren acht überregionale Zeitungen mit etwa 1,5 Millionen Lesern. Die „Junge Welt“ hat 19.000 Leser mit steigender Tendenz, während die Leserschaft bei anderen Zeitungen, die überwiegend ein konservatives Weltbild vermitteln, rückläufig ist.

Besonders seit dem Beitritt der DDR wird ein verschärfter Kampf um die Meinungshoheit geführt. Dabei ist es dem Finanzkapital gelungen, die oppositionellen Kräfte aufzuspalten und ein Drittel der Bevölkerung als unterprivilegiert auszugrenzen. Wie in Großbritannien sollen die Gewerkschaften zerschlagen und durch den Niedriglohn- und Leiharbeitssektor eine Reservearmee an Arbeitskräften geschaffen werden.

Durch die Medien werden alle politischen Erscheinungen individualisiert, gesellschaftliche Ursachen nicht aufgedeckt, Proteste aufgesplittet, lächerlich gemacht oder diffamiert, wie man das täglich verfolgen kann.

Seit Jahrzehnten verankerte Begriffe erhalten eine neue Bedeutung. So wurde aus „Europäische Union“ der Merkel-Begriff „Vereintes Europa“. Der Revolutionsbegriff erhielt Zusatzworte, wie „friedlich, orange, Rosen“. Staatlich geförderte Stiftungen sollen die Vorherrschaft der USA und ihrer Juniorpartner sichern. Heute gilt mehr als früher: „Trau keinem Bild! Trau keiner Aussage! Hinterfrage alles!“

Täglich wird die Richtigkeit der Leninschen Erkenntnisse über den Imperialismus und seine Wirkungsweise in der Praxis nachgewiesen. Das wissen die Herrschenden genau. Darum müssen Erinnerungen ausgelöscht, Standbilder und andere Zeugnisse beseitigt werden. Sie reagieren nervös, sobald sich die Bevölkerung in irgendeiner Form zu Wort meldet.

Die Wahlergebnisse beweisen, dass das politische System von immer mehr Menschen abgelehnt wird. Es ist keine Mehrheit für eine Kriegsunterstützung zu erreichen. Die Russophobie findet kaum Anhänger.

Wenn aber keine realistischen Analysen vorgelegt, keine zielklaren Alternativen aufgezeigt

und nicht gegen den Sozialabbau offensiv vorgegangen wird, endet die Ablehnung in Resignation und die Kriegsgefahr nimmt zu.

Fazit: Den eigenen Kopf nicht ausschalten, die Kräfte unterstützen, die die Wahrheit verbreiten und mit eigener Kraft und Können dazu beitragen, dass der Frieden gesichert, Alternativen entwickelt und das Kapital geschwächt wird.

Ein Pfeiler in diesem Kampf ist die sozialistische Tageszeitung „Junge Welt“, die sich durch eine Genossenschaft finanziert und von fast 1700 Mitgliedern getragen wird. Aber auch das soll sich ändern. Bis zur Rosa-Luxemburg-Konferenz im Januar 2016 sollen es 2000 Genossenschaften sein. **Hans-Joachim Friedrich**

Aus der Postmappe

In der Juni-Ausgabe von **ISOR aktuell** konnten wir die Auffassung des letzten Innenministers der DDR zur Rolle der DVP, ihrer Dienstzweige und Organe während des letzten Jahres ihres Bestehens lesen.

Der 70. Jahrestag der Gründung des ersten Sicherheitsorgans war auch Anlass zu im Internet veröffentlichten Gedanken über seine Entstehung und die Erfüllung der ihm gestellten Aufgaben beim Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung und eines sozialistischen Staates.

Aus diesem Anlass lud die TIG Berlin-Lichtenberg, 25 Jahre nach Auflösung, ehemalige Angehörige der Volkspolizei zu einem Treffen ein, zu dem sich am 1. Juli Veteranen des PdVP und der VP-Inspektionen versammelten.

In seiner Begrüßung dankte Rudi Höll der ISOR für die Unterstützung bei der Vorbereitung des Treffens und auch dafür, sich stets für die Wahrung unserer Rechte eingesetzt zu haben. Er hob hervor, dass die ehemaligen Angehörigen allen Grund haben, sich zu ihrer Tätigkeit zu bekennen, da es ihnen im Bündnis mit den anderen Sicherheitsorganen und vielen gesellschaftlichen Kräften gelang, 45 Jahre lang eine hohe Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten.

Alle Anwesenden vertraten die Auffassung, dass sie ihre ganze Kraft, ihr Können und ihre Gesundheit eingesetzt haben, um die in der Verfassung der DDR postulierten Grundsätze, die Rechtsordnung unseres Staates durchgesetzt und dem Volk gedient haben.

Die mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik entfachte Diffamierung unseres Staates und seiner Sicherheitsorgane, der Versuch, sie gegeneinander auszuspielen werden, da sie nur bedingt auf fruchtbaren Boden fielen, auch heute noch fortgesetzt und verstärkt.

So betonten Werner Förster und andere Redner die Notwendigkeit, die ungeschönte Wahrheit über die Entstehung, Verfassungstreue, Wirkungsweise und Wirksamkeit unseres

Sicherheitsorgans durch jene dargestellt wird, die diese Entwicklung erlebt und mitgestaltet haben und Lügen und Verfälschungen entgegentreten.

Alle Teilnehmer waren sich einig, dass es nicht gelingen wird, die Sicherheitsorgane gegeneinander auszuspielen. Der vor fast 25 Jahren mit der Gründung von ISOR in Berlin-Lichtenberg begonnene Kampf zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung ist bei allen erreichten Erfolgen nicht beendet und wird weitergeführt. Zu diesen unverzichtbaren Rechten gehören auch Achtung und Würde des Menschen und seiner Lebensleistung.

Es ist wünschenswert, dass derartige Treffen regelmäßig stattfinden. Ich bin mir sicher, die Zustimmung der Veranstaltungsteilnehmer zu haben, wenn dem Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR für die Glückwünsche zum 70. Jahrestag der DVP an dieser Stelle gedankt wird. Wir dienten der Deutschen Demokratischen Republik.

Hans-Joachim Friedrich

Zum „Zwischenruf“ im Juli

„Obama als schwarzen Friedensnobelpreisträger zu bezeichnen, würde bedeuten, die Absonderungen der Lügenpresse vom „ersten schwarzen Präsidenten“ zu übernehmen. Mit einem weißen Elternteil (bei Obama die Mutter) ist man ein Nachkomme aus der Verbindung zwischen Europiden und Negriden. Meyers Neues Lexikon benennt solche Nachkommen anders. Also, Obama ist der erste halbschwarze Friedensnobelpreisträger.

Dieter Wenzel, - Berlin, Lichtenberg

Bei anderen gelesen

Anlässlich des 70. Jahrestages der Gründung der Deutschen Volkspolizei erklärt der innenpolitische Sprecher der Linkspartei, Peter Ritter im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern:

„Das Jahr 2015 gibt vielfach Gelegenheit, an die politische Wende in der DDR und die Wiedervereinigung vor 25 Jahren zu erinnern. Im Zentrum stehen richtigerweise Bürgerinnen und Bürger, die sich in Initiativen oder Foren, z. T. unter dem Dach der Kirchen friedlich für Veränderungen in der DDR, zunächst für einen demokratischen Sozialismus und bald schon für ein einheitliches Deutschland eingesetzt haben.

Der verwehte Rauch der friedlichen Revolution lässt nach zweieinhalb Jahrzehnten gleichzeitig auch Weiteres, bisher kaum Angesprochenes erkennen, nämlich die Rolle der Deutschen Volkspolizei in der friedlichen Wende. Wenn der letzte DDR-Innenminister,

Dr. Peter-Michael Diestel, hieran erinnert (vgl. **ISOR aktuell** Nr. 06/2015), ist dies bemerkenswert und anerkennend. Es ist ihm beizupflichten, wenn er feststellt, dass die Volkspolizisten, die ihre Treue gegenüber dem Souverän, dem Staatsvolk der DDR, ausübten, ein entscheidendes Verdienst für den Frieden im Einigungsprozess zuzurechnen ist.

Zahlreiche Polizistinnen und Polizisten, die heute ihren Dienst im Auftrag des Landes Mecklenburg-Vorpommern erfüllen, gehören zu der von Diestel angesprochenen Generation, der für ihr umsichtiges Verhalten Dank gebührt, dieser ihnen aber noch nicht zuteilwurde.

Es ist also hohe Zeit, dieses nachzuholen. Auch weil die Polizistinnen und Polizisten der Wende- und Nachwendezeit ihren Dienst zur Gewährleistung der öffentlichen und persönlichen Sicherheit zum Teil unter schwierigsten Bedingungen leisteten. Dafür gilt ihnen unser Dank und unsere Anerkennung."

Zwischengetöse

Das hat Wellen geschlagen

Die „Schweriner Volkszeitung“ gibt dazu am 10. Juli dem „Historiker, Leiter der BStU Rostock“, Dr. Volker Höffer, das Wort, der sagt:

„Die Volkspolizei hätte die Initiatoren der Proteste in Isolierungslager gesteckt.“ Hätte, hätte, Fahrradkette, meinte mal ein Bundesverteidigungsminister und oberster Radfahrer der Republik, bevor er vom Rad fiel. Aber Herr Höffer räumt auch ein: „Natürlich hatte auch in der DDR die Polizei die öffentliche Ordnung und Sicherheit (!) zu gewährleisten, die Kriminalität zu bekämpfen, Verkehrsdelikte zu verfolgen oder Nachbarschaftsstreits zu schlichten. Die „Volkspolizei“ der DDR war aber immer auch eines der wichtigsten Instrumente zur Absicherung der SED-Diktatur...“ Da schau her, die Polizei als Instrument der Staatsmacht, die sich gelegentlich als „Diktatur des Proletariats“ definierte. Das ist natürlich eine eines Historikers würdige Enthüllung. Denn in anderen Ländern, zum Beispiel der Bundesrepublik Deutschland, ist die Polizei natürlich kein Machtinstrument der Herrschenden, sondern ein Hobbyverein.

Der „Nordkurier“ vom 30. Juni enttarnte bei der Gelegenheit zunächst den „mehr als umstrittenen Verein Isor“, denn „dort tummeln sich Uniformträger des Ministeriums für Staatsicherheit (MfS) und der Nationalen Volksarmee (NVA), der Grenztruppen und der Volkspolizei. Isor geht es insbesondere um den Kampf für die höheren Sonderrenten der staatsnahen Uniformierten.“ Höhere Sonderrenten, hm. Nicht schlecht. Vielleicht sollte ISOR diesem Tipp folgen und nicht nur die niedrigen Strafrenten im Blick haben. Es müssen ja nicht gleich die Renten von staatsnahen Würdenträgern dieses

Landes sein. Aber wir schweifen ab.

Der Landtagsabgeordnete Ritter stoße ins gleiche Horn wie Rechtsanwalt Diestel mit seinem Artikel in **ISOR aktuell** vom Juni „Mit ihrer undifferenzierten Jubelorgie verkenne Die Linke Ursache und Wirkung der friedlichen Revolution.“ Und so war die Wirklichkeit: „Es waren die friedlichen Demonstranten, die mit der Kerze in der Hand das System zum Einsturz gebracht haben.“ Der Dank an Volkspolizei und Volksarmee, nicht auf friedliche Demonstranten geschossen zu haben, empfände Wolf-Dieter Ringguth, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion „als riesengroße Frechheit und Verdrehung der historischen Tatsachen.“ Vielleicht dachte Herr Ringguth gerade an die jüngsten Meldungen vom Vorgehen der Polizei in den USA, wo auch schon mal der eine oder andere durch deren friedliches Vorgehen sein Leben einbüßte.

Das dritte Nordlicht, die „Ostseezeitung“, ließ die Warnung vor einer „Heroisierung der Volkspolizei“ aufscheinen und benannte damit eine unmittelbar bevorstehende Gefahr.

Nun noch eine Qualitätszeitung. „Die Welt“ vom 1. Juli wiederholt das, was die verschiedenen Unterlagenbeauftragten in verbaler Uniformität schon sagten und warnt vor Gefahren durch Risiken und Nebenwirkungen: Anne Drescher, eine Landesbeauftragte für, na Sie wissen schon, „erinnerte an Film- und Fotodokumente, auf denen eindeutig belegt sei, dass Volkspolizisten auf friedlich Demonstrierende mit Schlagstöcken losgegangen sind.“ Zum Glück, das sei hier angemerkt, ist so etwas in den vergangenen 25 Jahren in der Bundesrepublik nie passiert.

Nun sei noch eine Warnung der Grünen-Landtagsabgeordneten Silke Gajek angefügt, die laut „Welt“ meinte, Diestel und Ritter eine „unglaubliche Ignoranz“ vorwerfen zu müssen, weil diese nämlich „den Volkspolizisten einen Heiligenschein aufsetzen wollen.“ „Die jetzige

Lobhudelei zeigt, dass die Aufarbeitung noch lange nicht abgeschlossen und Verklärung auch im politischen Kontext beheimatet ist.“ Früher bezog man die „Aufarbeitung“ auf einen alten Sessel, dem man ein neues Polster verpasste.

Heute scheinen die „Aufarbeiter“ noch lange auf ihrem alten Polster sitzen bleiben zu wollen. Bis sie zur nächsten medienwirksamen Aufarbeitung aufgeschreckt werden. **w.k.**

Lesenswert

Freundeskreis SportsenIOren und Arbeitsgruppe Sport der GRH e.V.

Erlebte Sportgeschichte – Einst und Heute

Eigenverlag, Berlin 2015, 128 Seiten, Redaktion: Erhard Richter, Preis 5,- € Erhältlich in der Geschäftsstelle der GRH

31 kompetente Akteure und Kenner des DDR-Sportes, bekannte Sportfunktionäre, Spitzensportler, Trainer, Sportwissenschaftler, Sportmediziner und Sportjournalisten schildern in dieser lesenswerten Broschüre in persönlichen Beiträgen als Zeitleugen ihre Erfahrungen und Erlebnisse im und mit dem DDR-Sport.

Sie beschreiben eine Sportpolitik, die Volkssport und Leistungssport miteinander verband und Teil des kulturellen Lebens in der DDR war.

Der hohe Stellenwert des Sportes, seine großzügige Förderung, optimale Ausbildungs- und Trainingsmethoden auf wissenschaftlicher Grundlage, das „Sportwunder DDR“ haben nicht nur Erinnerungswert. Diese Erfahrungen sind zukunftsweisend als Alternative zum aktuellen Niedergang des Amateur- und Breitensportes und der fortschreitenden Kommerzialisierung des Leistungssportes - Probleme der heutigen Zeit, die von den Autoren nicht ausgeklammert werden. **W.S.**

Einladung

Das diesjährige Altmarktreffen der

TIG Salzwedel, Stendal, Prignitz, Gardelegen und Klötze

findet am 26. September 2015 – in Jeggeleben, Altmarkkreis Salzwedel, Gaststätte „Feine Sache“ statt.

Beginn 13 Uhr, Ende gegen 17.30 Uhr

Der Vorsitzende der ISOR, Horst Parton, wird über die aktuelle Lage des Kampfes gegen das Rentenunrecht sprechen und steht in der Diskussion für Fragen der Gäste zur Verfügung.

Die musikalische Umrahmung übernehmen DJ Amft und ein Frauenchor aus Salzwedel. Auf eigene Kosten kann ein Mittagessen eingenommen werden.

Der Kostenbeitrag für die Veranstaltung beträgt acht Euro pro Person.

Telefonische Anmeldungen bitte bis zum 5. September an

Willfrid Romatschke 039035/721 oder Heinz Fischbeck 003901/423409

Werner Mäder

Zweiheit statt Einheit - Versorgungsüberleitung Ost, Beiträge zur Politischen Wissenschaft, Band 183, (Verlag Duncker & Humblot Berlin 2015) ISBN 978-3-428-14534-8, 242 Seiten, Preis 74,90 €

Es ist die unendliche Geschichte, dass die versprochene Rentengleichheit zwischen Ost und West bisher zum Nachteil von einstigen DDR-Bürgern nicht erreicht wurde. Das Ergebnis ist für viele eine soziale Ausgrenzung bzw. ein Leben am Rande des Existenzminimums, obwohl in vielen Verfahren und Prozessen gegen die diskriminierende Praxis vorgegangen wurde. Der Autor stellt fest, die Einigung sei ein Blindflug im Nebel ohne Navigationsinstrumente gewesen, was für die Arroganz der politischen Spitze spricht und wofür ein ganzes Land noch heute büßen muss. Es lagen der Gesetzgebung für das Beitrittsgebiet falsche Einschätzungen zugrunde, die die DDR noch heute wesensbe-

stimmend diskreditieren. Bestimmend für die gewaltige Enteignung fast aller Rentnergruppen war das auf Kategorien Unrechtsstaat, Täter und Opfer reduzierte Denken, was für viele zum Rentenstrafrecht wurde. Der Wert der vorliegenden Schrift besteht neben einer akribischen Darstellung der Materie insbesondere in der Forderung der Prüfung der Übereinstimmung vieler Rechtsbereiche, die das Eigentum berühren, mit dem Grundgesetz. Sie ordnet sich so in die vielfachen Äußerungen ausgewiesener Wissenschaftler (z.B. Dr. Dr. Detlef Merten) und kompetenter Praktiker ein und ergänzt diese. (Ausführliche Rezension von RA Dr. Rainer Rothe auf unserer Internetseite unter „Rezensionen.“)

*

Hinweis

Im Beitrag zum Ostrentengipfel

(**ISOR aktuell** 7/15) steht ein falscher Umrechnungsfaktor zur Höherwertung der Ostrenten. Dieser beträgt für das Jahr 2015 1,1717 und nicht, wie angegeben, 1,717.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

anlässlich des 71. Jahrestages der Ermordung Ernst Thälmanns im Konzentrationslager Buchenwald laden wir zu zwei Kundgebungen in Berlin und Ziegenhals ein.

Mit antifaschistischen Grüßen Vorstand des Freundeskreises „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte“ e. V., Ziegenhals

Berlin: – Samstag, 22. August 2015, Beginn: 14:00 Uhr vor dem Ernst-Thälmann-Denkmal,
Berlin Greifswalder Straße, (Nähe S.-Bhf. Greifswalder Str.)

Redner zur aktuellen Situation in der Türkei und Kurdistan und Möglichkeiten der Solidarität
Mumia-Bündnis, Berlin (angefragt)

Ernst Schwarz (Liedermacher und Sänger aus Frankfurt/M.)

Veranstalter: Aktionsbündnis Thälmann-Denkmal, Berlin

Ziegenhals – 23. August 2015, Beginn: 11:30 Uhr vor dem Gelände der zerstörten Ernst-Thälmann-Gedenkstätte Seestr. 27, Ziegenhals-Niederlehme, Königs Wusterhausen

Redner Andreas Wehr, (Journalist, Publizist, Mitbegründer des Marx-Engels-Zentrums, MEZ, Berlin, langjähriger wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Links-/Grünen-Fraktion im Europäischen Parlament)
Ernst Schwarz Liedermacher und Sänger aus Frankfurt/M.

Veranstalter: Freundeskreis „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte“ e. V., Ziegenhals Kontakt Freundeskreis „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte“ e. V., Ziegenhals Postfach 2015, 15706 Königs-Wusterhausen

Email: vorstand@etg-ziegenhals.de | Internet: <http://www.etg-ziegenhals.de>

<http://www.facebook.com/ETGZiegenhals> | <http://www.facebook.com/ZiegenhalsdieTeilnehmer>

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen vor. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 29.07.2015

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 26.08.2015

Einstellung im Internet: 03.09.2015

Auslieferung: 10.09.2015

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Postanschrift: ISOR e.V., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Tel.: (030)- 29784315 Sekretariat

29784317 AG Finanzen

Fax: (030)- 29784320

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr.: 171 302 0056 BLZ: 100 500 00

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC BELADEBEXXX

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 15